

Beiträge zum Informationsrecht

Band 6

Die transparente Verwaltung

**Zugangsfreiheit zu
öffentlichen Informationen**

Herausgegeben von

Michael Kloepfer



Duncker & Humblot · Berlin

MICHAEL KLOEPFER (Hrsg.)

Die transparente Verwaltung

Beiträge zum Informationsrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Hansjürgen Garstka,
Prof. Dr. Michael Kloepfer,
Prof. Dr. Friedrich Schoch

Band 6

Die transparente Verwaltung

Zugangsfreiheit zu
öffentlichen Informationen

Herausgegeben von

Michael Kloepfer



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2003 Duncker & Humblot GmbH, Berlin


Fremddatenübernahme: Salignow Verlagsservice, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 1619-3547

ISBN 3-428-11101-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Vorwort

Die Öffentlichkeit der Verwaltung in Deutschland ist im Wandel begriffen: An die Stelle des „Prinzips der beschränkten Aktenöffentlichkeit“, nach dem ein Zugang zu öffentlichen Informationen nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährleistet wird, tritt immer mehr der Grundsatz allgemeiner Informationszugangsfreiheit. So ist zur Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie der EG in der Bundesrepublik Deutschland das Umweltinformationsgesetz in Kraft getreten; Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein und jüngst auch Nordrhein-Westfalen haben allgemeine Zugangsrechte zu öffentlichen Informationen gesetzlich verankert; der Bundestag hat ein Verbraucherinformationsgesetz beschlossen, das Bundesinnenministerium den Entwurf eines allgemeinen Informationsfreiheitsgesetzes vorgestellt.

In der Rechtswissenschaft ist diese politische Entwicklung vorbereitet und begleitet worden. Unter anderem ist auf Empfehlung des Deutschen Juristentages von 1998 und mit Unterstützung der Fritz Thyssen-Stiftung und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe gebildet worden, die mit der Erarbeitung eines Informationsgesetzbuchs (IGB) befasst ist. In diesem IGB sollen sämtliche informationsrechtlich relevanten öffentlich-rechtlichen Vorschriften zusammengefasst werden. Ein erster Teil dieses IGB, der sich mit dem freien Zugang zu Informationen in der öffentlichen Verwaltung befasst, ist bereits veröffentlicht worden.¹

Um einen Zwischenstand dieser Entwicklung der Verwaltungsöffentlichkeit in Deutschland festzuhalten, hat das Forschungszentrum Technikrecht am 5. Juli 2002 in der Humboldt-Universität zu Berlin eine wissenschaftliche Tagung veranstaltet, auf der die unterschiedlichen Konzeptionen, vor allem aber auch die verschiedenen Funktionen der Zugangsfreiheit zu öffentlichen Informationen beleuchtet wurden. Ziel der Tagung war es, die ersten praktischen Erfahrungen der neuen Gesetze sowie die unterschiedlichen theoretischen Regelungsmodelle für weitere Informationsfreiheitsgesetze, insbesondere für ein allgemeines Bundesinformationsfreiheitsgesetz, nutzbar zu machen.

Die Verknüpfung politischer Zielvorstellungen mit juristischen Fragestellungen kam insbesondere in der Auswahl der Referenten zum Ausdruck. Aus der Sicht der politischen Entscheidungsträger referierten Frau *Künast*, Bundesministerin für Ver-

¹ *Friedrich Schoch/Michael Kloepfer*, unter Mitwirkung von *Hansjürgen Garstka*, Informationsfreiheitsgesetz (IFG-ProFE). Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (Beiträge zum Informationsrecht; BIR 1), Berlin 2002. Vgl. den Text des Gesetzesentwurfs im Anhang.

braucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Herr *Schapper*, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, und Frau *Birthler*, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Über praktische Probleme informierten insbesondere Herr *Dr. Redelfs*, Greenpeace Deutschland, sowie Herr *Rohde-Liebenau*, Transparency International. Die rechtswissenschaftlichen Aspekte grundsätzlicher Art beleuchteten insbesondere die Beiträge von Herrn *Prof. Dr. Schoch*, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, und von mir, sowie in rechtsvergleichender Hinsicht die Beiträge von Herrn *Prof. Dr. Garstka*, Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, und Herrn *Prof. Dr. Duschanek*, Wirtschaftsuniversität Wien. Bei der Dokumentation der Beiträge in diesem Tagungsband wurde der Vortragsstil zum Teil beibehalten.

Bei der Gestaltung, Organisation und Durchführung der Tagung hat mein Habilitand, Herr *Dr. Matthias Rossi*, wertvolle Hilfe geleistet. Unterstützt wurde er von meinem studentischen Mitarbeiter, Herrn *Philipp Fischer*, der auch das Manuskript dieses Tagungsbandes umsichtig betreut und sorgfältig für die Drucklegung vorbereitet hat. Beiden danke ich sehr herzlich. Der Fritz Thyssen Stiftung, dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und dem Verlag Duncker & Humblot gebührt besonderer Dank für die großzügige Unterstützung der Tagung.

Berlin, im September 2002

Michael Kloepfer